

Pensionsreform schlägt Wellen: Was 2026 auf Österreich zukommt!

Die österreichische Regierung plant wesentliche Pensionsreformen bis 2027, um Ausgaben zu senken und Altersarmut zu bekämpfen.

Wien, Österreich - Nach dem Wahlerfolg der SPÖ in Wien eröffnen sich für die Bundesregierung strategische Möglichkeiten, um Pensionsreformen anzugehen. Bis 2027 stehen keine bedeutenden Wahlen an, was der Koalition Zeit gibt, um konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Die Partei möchte jedoch bis nach den Feierlichkeiten zum 1. Mai mit Reformdebatten abwarten, um den festlichen Charakter nicht zu stören. Dies führt zu einer angespannten Situation, da die SPÖ mit einem Wahlergebnis von knapp 40 Prozent in Wien vor einem bedeutenden Moment steht, während gleichzeitig Dringlichkeit in den Reformen besteht.

Ab dem 1. Juni 2025 wird die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von 5,1 Prozent auf 6 Prozent wirksam. Zudem plant die Regierung, das Antrittsalter für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre anzuheben und die erforderlichen Versicherungsjahre von 40 auf 42 zu erhöhen. Diese Änderungen sind Teil eines umfassenden Reformpakets, das bei der Budgetrede am 13. Mai präsentiert werden soll.

Geplante Maßnahmen und sozialpolitische Kritik

Das geplante Reformpaket sieht außerdem die Einführung eines Nachhaltigkeitsmechanismus vor, der die Anzahl der

erforderlichen Versicherungsjahre ab 1. Januar 2035 anpasst, falls die Pensionsausgaben das Budget übersteigen. Darüber hinaus wird eine Teilpension eingeführt und Pflegekräfte sollen ab 2026 in die Schwerarbeiter-Regelung aufgenommen werden, was ihnen ermöglicht, früher in Rente zu gehen.

Wirtschaftsforschungsinstitute wie WIFO warnen vor ansteigenden Pensionsausgaben, die bis 2031 um fast 3 Milliarden Euro zunehmen könnten, wenn keine strukturellen Reformen stattfinden. Daher sind die geplanten Maßnahmen nicht nur budgetär motiviert, sondern auch dringend notwendig, um die finanzielle Stabilität des Pensionssystems zu gewährleisten.

Arbeitnehmervertreter, insbesondere die Gewerkschaft GPA, kritisieren die geplanten Verschärfungen als „sozial unausgewogen“ und fordern zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer sowie Schutzmechanismen gegen Altersarmut. Es bleibt unklar, ob die Regierung auf diese Bedenken eingehen wird oder ob der Reformdruck überwiegen wird.

Veränderungen in der Korridor pension

Im Rahmen der Reform könnten wesentliche Auswirkungen auf die Betroffenen entstehen. Laut der Pensionsversicherung (PVA) gingen im Jahr 2024 rund 10.720 Personen in Korridor pension, von denen etwa 6.382 Personen von der angestrebten Neuerung direkt betroffen wären. Diese Reform könnte jährlich Ersparnisse von rund 270 Millionen Euro generieren, was im Verhältnis zu den gesamten Pensionsausgaben des Bundes als gering angesehen wird, da diese im Budget 2024 rund 30 Milliarden Euro betragen.

Zusätzlich wird erwartet, dass die Reform im Vollausbau, wenn auch Frauen betroffen sind, Einsparungen von etwa 600 bis 700 Millionen Euro pro Jahr im Pensionssystem ermöglicht. Diese Maßnahmen sind Teil eines breiteren Plans, das Ziel der

österreichischen Regierung zu erreichen, über 18 Milliarden Euro in den nächsten sieben Jahren einzusparen. Ein bereits im Nationalrat verabschiedetes Sparpaket umfasst Steuerausweitungen und Kürzungen bei Förderungen, um die Konsolidierungsziele zu erreichen.

Detailreiche Berichte und Studien zum Pensionssystem, insbesondere zum Zustand und zu den Anforderungen der gesetzlichen Pensionsversicherung, wurden vom **Sozialministerium** veröffentlicht. Diese bieten den Bürgern tiefere Einblicke in die Mechanismen des Pensionssystems und die geplanten Veränderungen für die kommenden Jahre.

Mit der bevorstehenden Anhebung von Pensionsanforderungen und einer tiefgreifenden Reform stehen viele Bürger vor entscheidenden Veränderungen in ihrem Rentenplan. Wie sich die politischen Entscheidungen letztlich auf die Menschen auswirken werden, bleibt abzuwarten.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.heute.at• www.sozialministerium.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at